

Innahme-Direktion: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilsbelmstr. 17) bei C. F. Miki & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Strauß, in L. Leserich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster

Jahrgang.

Innahme-Direktion: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Naube & Co. Haasenstein & Vogler, Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Anwaltdenkmal“.

Nr. 632.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten; des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. September.

Inserate 20 Pf. bis sechsgehaltene Petitione oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 8. September. Der König hat geruht: die Regierungs-Rathgeber Hoffmann in Danzig, Dr. Ruhne in Düsseldorf, von Düring in Posen, Schotte in Bromberg, von Kurowsky, Lehner und Schwegendick in Berlin, Freiherr von Patow in Erfurt, von Bülow in Stettin und den Landrath z. D. von Warmb in Breslau zu Regierungsräthen zu ernennen.

Dem Dirigenten der agrarisch-chemischen Versuchstation zu Marburg, Dr. Dietrich, ist das Prädikat Professor verliehen worden. Der in die Oberpfalz zu Angermünde berufene bisherige Oberpfarrer und Superintendent Stumpf in Finsterwalde ist zum Superintendenten der Diözese Angermünde, Regierungsbezirks Potsdam, bestellt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 9. September.

Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält die Allerhöchste Verordnng, betreffend den Sitz der General-Kommission für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen. Dieselbe lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen zur Ausführung des § 15 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 (Gesetz-Samml. S. 291), was folgt:

Einziger Paragraph.

Die General-Kommission für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen hat ihren Sitz zu Bromberg.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Begeben Berlin, den 16. August 1880.

(L. S.)

Wilhelm.

Lucius.

Unter dem Titel: „Eine neue Partei“ unterwirft die „Prov.-Korresp.“ das Programm der Gruppe Fordenbeck einer längeren Besprechung. Den Inhalt derselben kann sich Jedermann denken; das halbamtliche Organ wirft dem Programm Unklarheit vor und stellt die Behauptung auf, daß dasselbe im Volke keine warme Aufnahme gefunden habe, also zu Boden gefallen sei. Nun, das wird sich ja zeigen, man warte doch die nächsten Wahlen ab.

Es wurde bereits früher gemeldet, daß die Ernennung eines Staatssekretärs des Reichsamts des Innern nicht lange mehr auf sich warten lassen würde. Wie es mit voller Bestimmtheit heißt, wäre bereits am 1. d. M. die Ernennung des Herrn v. Bötticher, des bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, für diesen Posten erfolgt, den er jedoch wohl erst am 1. Oktober übernehmen dürfte. Daß eine gleichzeitige Ernennung des Herrn v. Bötticher zum Chef des preussischen Handelsministeriums erfolgt wäre, verlautet nicht, jedoch ist eine solche Eventualität für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Bezüglich des Vorsitzes im Bundesrath heißt es nach wie vor, daß derselbe einen Theil der Obliegenheiten des Stellvertreters des Reichskanzlers bilden soll und zunächst auf den Grafen Stolberg-Wernigerode übergehen würde.

Noch immer wird die Nachricht verbreitet, man beabsichtige, dem Reichsgesundheitsamte eine selbständige Stellung direkt unter dem Reichskanzler anzuweisen. Nach genauen Erkundigungen handelt es sich bei dieser Angabe lediglich um einen alten Wunsch des jetzigen Leiters des Amtes, der indessen vorläufig wenigstens durchaus keine Aussicht auf Erfüllung hat. Man muß sich der großen Schwierigkeiten erinnern, welche der Begründung eines Gesundheitsamtes überhaupt entgegenstehen. Die Einzelstaaten wollten darin einen Eingriff in ihre Autonomie erblicken und wußten es durchzusetzen, daß der Institution lediglich der Wirkungskreis einer begutachtenden Behörde angewiesen wurde. Lediglich dagegen, nicht aber, wie vielfach angenommen zu werden scheint, gegen einen Widerstand des Staatsministers Hofmann, war bislang anzukämpfen, und es hat nicht den Anschein, als ob es leicht werden würde, die bisherigen Schwierigkeiten zu heben.

Es ist kürzlich von konservativer Seite behauptet worden, die nationalliberale Partei, oder doch die jetzt ausgetretenen Mitglieder seien im Gegensatz zu Dr. Falk unbedingte Anhänger der Simultanschule. Dies ist keineswegs der Fall, aber wo durch die Simultanisierung der Schulen eine wesentliche Verbesserung des Unterrichts erzielt werden kann, oder wo dieselbe zur Förderung des Deutschtums in national gemischten Distrikten dient, stehen wir entschieden für die Simultanschule ein. Wir halten daher die soeben verfügte Auflösung der Simultanschule zu Nicolai in Oberschlesien für ein bedauerliches Zugeständnis an die Ultramontanen und wünschen, es möchte dieser Vorgang nicht für Krojanke maßgebend werden, wo eine Minderheit der städtischen Behörden sich für Beseitigung der Simultanschule ausgesprochen hat. Nur Ultramontanismus und Polenhum werden daraus Nutzen ziehen und die Unterrichtsverhältnisse dadurch gefördert werden.

Einen interessanten Beitrag zur Frage der Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit liefert ein karlsruher

Blättern von der Nähmaschinenfabrik Grigner u. Co. in Durlach zugegangenes Schreiben, worin es u. A. heißt:

„Die deutsche Nähmaschinen-Fabrikation, welche sich im Laufe von noch nicht 20 Jahren seit ihrer Entstehung — im Vergleich zur Bedeutung dieses Zweiges in andern Ländern — zum dritt-höchsten Range aufgeschwungen hat, während sie nahe daran ist, England den zweiten Rang streitig zu machen, und z. B. gegenwärtig mit einer Jahresherstellung von ungefähr 400,000 Nähmaschinen der französischen Jahreszeugung von kaum 60,000 Stück vorangeht, verdankt ihre Blüte wesentlich dem in Stadt und Dorf überallhin verzweigten Stande der Nähmaschinenhändler. Sämmtliche deutsche Nähmaschinen-fabrikanten bedienen sich zum Absafe ihrer Maschinen fast ohne Ausnahme dieser Vermittlung im Gegenseite zu der — ungeheure Betriebskapitalien erfordernden — amerikanischen Verkaufsweise vermittelst Errichtung eigener Agenturen. Die deutschen Nähmaschinenhändler in kleinen Städten und auf dem Lande sind in weit überwiegender Mehrzahl wohl höchst rührige, aber mit sehr geringen, ja meistens kaum nennenswerthen Mitteln arbeitende Leute, sehr häufig kleine Handwerker, die in dem Artikel einen Nebenerwerb suchen, dessen sie vielfältig nur zu sehr bedürfen. Dieser Klasse hauptsächlich verdanken wir die rasche und massenhafte Einführung der Nähmaschine, namentlich bei dem Bauernstande. In unserem Verkehr mit diesem uns unentbehrlich gewordenen Zwischenhändler ist Barzahlung mit Ausnahme ganz seltener Fälle längst zur Mythe geworden. So zu sagen alles Geschäft wird gegen Wechsel gemacht, die der Fabrikant seinerseits wieder als Zahlungsmittel benutzet. In dieser Weise findet der Händler den Kredit, ohne welchen er nicht arbeiten könnte, und der Fabrikant findet seine Bürgschaft in dem besicherten und rasch zur Vermögens-zwangsvollstreckung führenden Prozeßverfahren, welches dem Wechsel-schuldner droht, im Falle er seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen bemüht ist. Der Händler seinerseits verkauft in weit aus den meisten Fällen in den Städten sowohl, als auf dem flachen Lande, an die ärmern Klassen und vielfach gegen kleine Notenwechsel, die er wieder thätlich zu Zahlungen verwendet. Eine Beschränkung der Wechselfähigkeit dieser ärmern, größtentheils die Kundschaft dieser Nähmaschinenhändler bildenden Klasse würde unserer Ueberzeugung nach in Kürze die Wirksamkeit des uns nothwendig gewordenen Zwischenhändlers zum großen Theile lähmen. Würde nun auch die Wechselfähigkeit der Händlerschaft beschränkt, welche ja, wie oben angedeutet, größtentheils ebenfalls aus den ärmern und für eine Wechselfähigkeitsbeschränkung in Aussicht genommenen Klassen besteht, so würde nothwendig unser Verkehr mit der Händlerschaft annähernd in gleicher Weise, wie ihre Wechselfähigkeit, beschränkt und damit unser ganzes Verkaufssystem auf das Bedrohlichste erschüttert werden. Eine solche Untergrabung der Beziehungen des Zwischenhändlers einerseits zu seiner Kundschaft und andererseits zum Fabrikanten müßte unsern Geschäftszweig, der sich gegenüber der mächtigen Wettbewerbung anderer Industriestaaten mühsam zu seiner heutigen Bedeutung und geordneten Gliederung emporgerungen hat, unberechenbar schädigen. Wir möchten noch hinzufragen, daß unserer langjährigen Erfahrung in der Nähmaschinenindustrie zufolge die Wechselfähigkeit den kleinen Handwerkern, Handarbeiterinnen und Bauern — mit einem Worte den ärmern Klassen — keinen Schaden gebracht oder sie nicht der Ausbeutung preisgegeben, sondern ihnen vielmehr zu einer wahren Wohlthat geworden ist, indem gerade diese Wechselfähigkeit das Mittel war, Tausenden und Abertausenden von Nähmaschinen und mit ihnen einer neuen Erwerbsquelle in so viele ärmere Haushaltungen Eingang zu schaffen. Es bliebe Angesichts der geplanten Wechselfähigkeitsbeschränkung dem Reste der Händlerschaft, welcher dieselbe überhaupt überdauern würde, kaum Anderes übrig, als zu dem unheilvollen amerikanischen Systeme der Wochenzahlungen zu greifen, wodurch die Maschine den Armen wesentlich vertheuert wird, während der Händler bei der unächtlichen Rechtsgültigkeit der Mietheverträge, auf welche dieser Zahlungsmodus sich gründet, gezwungen ist, bei Zahlungsmangel die Maschine, wenn möglich, sofort an sich zu reißen. Es würde somit unserer selten Ueberzeugung nach, ein Aendern auf dem Gebiete der Wechselfähigkeit auch den ärmern Klassen, denen die geplante Aenderung nützen soll, unzweifelhaft zum Verderben ausschlagen.“

Die Gefahr der Goldausfuhr aus Deutschland, so schreibt das gestrige „V. Tgl.“, ist durch die gestrige Bewegung der Wechselfurse auf London und auf Paris einigermaßen abgeschwächt worden; acht tägige Wechsel auf London sind um 2 1/2 Pf. auf 20,46 M., acht tägige Wechsel auf Paris um 20 Pf. auf 80,55 M. gefallen. Wenn damit auch die Goldausfuhr noch nicht vollständig unmöglich geworden ist, so läßt sich doch darin eine Wirkung der jüngsten Diskontto-Erhöhung der Reichsbank nicht ganz verkennen. Aber dennoch scheint es nicht gerechtfertigt, schon jetzt alle Gefahr beseitigt zu wähen; zunächst ist der gestrige Verkehr in diesen Devisen zu unbedeutend gewesen, um für die Entwicklung des Geschäftes auf diesem Gebiete an den nächsten Tagen maßgebend zu sein; mangelnder Nachfrage dürfte gestern reges Angebot gegenübergestanden haben, morgen kann's schon wieder umgekehrt sein. Sodann werden sich zunächst die weislichen Banken veranlaßt sehen, zum Schutze ihrer Goldbestände mit Diskonttoerhöhungen vorzugehen, falls Amerika fortfährt, Europa Gold zu entziehen. Es ist mithin allerdings ein Erfolg der Reichsbankpolitik zu verzeichnen; ob derselbe aber nachhaltig sein wird, erscheint höchst zweifelhaft; aller Wahrscheinlichkeit nach beginnt jetzt ein internationaler Diskontto Kampfe der Hauptbanken, bei welchem vorzugsweise Handel und Industrie durch die weitere Vertheuerung des Geldes fortgesetzt leiden werden.

Die Affaire des Oberstlieutenants Jung giebt den chauvinistischen Organen in Frankreich den erwünschten Anlaß zu allerlei Verdächtigungen, deren Spitze zumeist gegen Deutschland gerichtet ist. Dürfte man den Angaben dieser Blätter Glauben schenken, so befände sich der deutsche General nicht bloß im Besitze des vollständigen französischen Mobilisierungsplanes, sondern auch aller Festungspläne, einschließlich derjenigen

der neuen Fortifikationen von Paris. Unter der Ueberschrift: „Les secrets du ministere de la guerre“ berichtet der „Mot d'Ordre“, wie ein Ingenieur-Offizier, „welcher einer der fünf großen europäischen Armeen angehört“, ohne irgend welche Autorisation von Seiten des Kriegsministers erhalten zu haben, beinahe sämtliche Fortifikationen der Hauptstadt der Reihe nach besichtigen konnte, bis schließlich ein Oberst auf die Idee kam, Schwierigkeiten zu machen und den Kriegsminister zu benachrichtigen. Als dann der fremdländische Offizier sich von Neuem präsentirte und eine endgiltige Abweisung erfuhr, soll er, wie der „Mot d'Ordre“ hervorhebt, über dieses „geheimnißvolle“ Verhalten ganz erstaunt gewesen sein, zumal er sich angeblich bereits im Besitze der vollständigen Pläne befunden habe. Da dies bezweifelt wurde, seien denn auch die letzteren vorgelegt worden. Auf die Fragen, woher dieselben stammten, habe die Antwort gelautet: „Aus dem Ministerium. Es kostete mich nur einige Dinars und einige Bilets zur Oper.“ — Der „Mot d'Ordre“ unterläßt wohlweislich, diesen Offizier näher zu bezeichnen; charakteristisch ist aber, daß dergartige Nachrichten, welchen der Stempel der Erfindung ausgeprägt ist, ihr Publikum finden. Den Urtheilen nach zu schließen, welche über die Militärverwaltung selbst gefällt werden, müßte daselbst eine wahre Anarchie herrschen. Anderenfalls begriffe man kaum, wie es überhaupt für möglich gehalten werden konnte, daß Gambetta sich für einige Tage die wichtigsten Aktenstücke zu seiner Privatinformation habe zufallen lassen. Das Organ des Kammerpräsidenten widmet dieser Nachricht folgendes Dementi:

„Ein Journal „Le Petit Parisien“, führt den Ursprung des Gerüchtes, welches seit vierzehn Tagen über den Kriegsminister verbreitet war, auf eine Mittheilung von Aktenstücken zurück, die auf die Mobilisation Bezug haben und Herrn Gambetta auf sein Verlangen durch den General Farre ausgehändigt worden sein sollen. Wir sind autorisirt, dieser Behauptung, deren Zweck zu errathen nicht schwierig ist, das formellste und bestimmteste Dementi zu ertheilen. Weder ist eine Mittheilung von derartigen Dokumenten durch Herrn Gambetta verlangt worden, noch ist eine solche von Seiten des Kriegsministers geschehen. Der eine wie der andere kennen ihre Pflichten zu genau.“

In die Affaire Jung sind bereits so viele Personen und Dinge hineingeworfen worden, daß es kaum möglich sein wird, volle Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. Der Eifer, mit dem die „Rep. Française“ sich der Frage bemächtigt, legt aber die Annahme nahe, daß sich hinter den Coulissen ein Zwischenfall abspielte, welchem Gambetta, der mit Vorliebe sich als militärischer Dilettant versucht, nicht völlig fremd geblieben ist.

Im Hyde-Park fand Sonntag Nachmittag eine große irische Demonstration statt, an welcher sich mehr als 10,000 Personen beteiligten, um gegen die Verwerfung der Pächterentschädigungsvorlage seitens des Oberhauses Protest einzulegen. An der Kundgebung hatten sich mehrere Parlamentsmitglieder der Homerule-Partei beteiligt; Mr. T. P. O'Connor, welcher den Vorsitz führte, hielt eine heftige Ansprache gegen das Oberhaus, das er als ein Gutsherren-Haus bezeichnete, während das Volk von Irland ein Volk von Pächtern sei; dies sei der leidigste Punkt der Konstitution. Kurz nach Beendigung der Rede brach die Plattform, auf welcher das Komité sich befand, zusammen, ohne daß Jemand Schaden gelitten hätte. Mr. Barry beantragte eine Resolution, daß die Verwerfung der Pächterentschädigungs- und Wählerregistrirungsbill einen schlagenden Beweis der Ungerechtigkeit und Absurdität des Prinzips erblicher Gesetzgebung bilde. Diese Resolution wurde angenommen, sowie zwei andere gleichen Inhalts. Das Meeting schloß in großer Verwirrung.

Die Trace der von Montenegro oder Albanesen besetzten Positionen, rüchlich welcher die Porte die Aufrechterhaltung des status quo verlangt, ist, wie der „P. C.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, folgende:

1. Die montenegrinischen Positionen nördlich vom Scutari-See vom Ufer des Sees in der Nähe des westlichen Theiles des Mark-Waldes, die Dörfer Gornigostil, Bihkian, sowie die Gebölze Slanislaw und Doegowitza. 2. Die albanesische Position vom Ufer des Scutari-Sees in derselben Linie wie der Mark-Wald, die Dörfer Matagoisch, Madna und Schipschanik, der Zem-Pafen Dinosh und Omerboisch. Im Allgemeinen beginnt demnach nach dem status quo die Grenzlinie beim Scutari-See an den westlichen Theilen des Mark-Waldes, geht quer durch Goshik, Gornigostil und Bihkian, beläst Slanislaw bei Montenegro und zieht sich bei der Nikolaus-Kirche vorbei bis zum Zem-Flusse und von da bis zum Gipfel des Bonca, der an der gemeinsamen Grenze von Ruizifania und Gruda liegt.

Volle Einzelheiten über den Sieg der britischen Waffen in Afganistan liefert eine Depesche, welche das Indische Amt in London spät am Sonnabend Abend direkt von General Roberts erhielt. Dieselbe lautet:

„Kandahar, 2. September (via Chaman). Der Bericht über die von General Hugh Gough und Oberst Chapman ausgeführten Rekognosirungen lieferte mir die nothwendige Information über die Stellung des Feindes. Ich fand es ganz thünlich, seine rechte Flanke zu umgeben und mich somit hinter dem Baba Wali-Kamme, wo Ajub Kahn's Hauptlager sich befand, festzusetzen. Ich beschloß dies zu thun und schritt gestern früh, kurz nach 9 Uhr, zum Angriff. Zur Verhüllung meines Planes traf ich Vorkehrungen durch einen direkten Angriff auf den Baba Wali-Kotal. Diese Scheinbewegung wurde den Truppen der Garnison von Kandahar unter General-

Produkten-Börse.

Berlin, 8. September. Wind: NW. Wetter: Angenehm. Weizen per 1000 Kilo loco 195-238 M. nach Qualität gefor-

Regulirungspreis - bez. - Delsaat per 1000 Kilo Winterraps neuer 200-245 M., Winterübren neuer 215-240 M.

Bromberg, 8. September 1880. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen: geschäftlos, alter hochb. u. glatt 225-230 M. neuer nach Qualität 18-209 M.

Stettin, 8. September. (An der Börse.) Wetter: Ge-

stern Abend starker Gewitterregen, heute bewölkt. Temperatur + 18 Grad N. Barometer 28,4. Wind: NW.

Weizen ruhig, per 1000 Kilo loco gelber alter - Mark, neuer 194-200 M., feuchter mit Auswurfs 160-180 M.

Heutiger Landmarkt: Weizen 190-200 M., Roggen 188-196 M., Gerste 155-165 M., Hafer 148-154 M.

Berlin, 8. September. Die auswärtigen Börsen hatten gestern ziemlich feste Haltung beobachtet; die politischen Nachrichten galten als günstig, fanden aber wenig Beachtung.

ten Oberuferbahn einen günstigen Einfluss geübt; neben den Aktien dieser Bahn wurden namentlich auch Oberschlesische ziemlich gut beachtet.

lagewerthe blieben ruhig, aber fest. - Die Mattigkeit, welche sich gegen die Mitte der Börsenszeit des Verkehrs bemächtigt hatte, hielt bis zum Schluss an.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 8. September 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their respective prices.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Russia, and Italy.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from various regions like Baden, Prussia, and Saxony.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks from various lines like Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, and Berlin-Anhalt.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines like Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, and Berlin-Anhalt.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds from various countries like Austria, Prussia, and Saxony.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities from various banks and institutions.

*) Wechsel-Course.

Table listing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, and Paris.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks from various sectors like brewing, paper, and iron.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Table listing railway priority stocks from various lines like Berlin-Dresden, Berlin-Anhalt, and Berlin-Stettin.

Staatsbahn-Aktien.

Table listing state railway stocks from various lines like Berlin-Potsdam-Magdeburg, Berlin-Stettin, and Berlin-Anhalt.

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5 1/2 für Lombard 6 pCt., Banknoten in Amsterdam 3, Bremen -

Table listing interest rates and other financial data for various banks and locations.